

70 Jahre ...

... und kein
bisschen leiser

1/2

mit dbb seiten

MAGAZIN

Januar/Februar 2021 • 71. Jahrgang



> Editorial



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

ich wünsche Ihnen im Namen des Bundesvorstandes ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2021!

Zu den Beschränkungen im Rahmen der Pandemie gehört auch das Verbot, Geburtstagsfeiern zu veranstalten. Das trifft in diesem Jahr auch Ihre Gewerkschaft Bundesbeschäftigte, den vbob. Im Jahre 2021 feiern wir das 70-jährige Bestehen!

Der Bundesvorstand hat beschlossen, die Feierlichkeiten zum runden Geburtstag mit einer Reihe virtueller Veranstaltungen zu begehen. Exklusiv für unsere Mitglieder bieten wir regelmäßige Webveranstaltungen an, bei denen Sie als Mitglied der vbob Familie die Themen des vbob mit anderen Mitgliedern diskutieren können. Dazu später in dieser Ausgabe mehr.

In einer ebenfalls virtuellen Klausurtagung wird sich der Bundesvorstand mit den Vorbereitungen zum Gewerkschaftstag 2022 beschäftigen, dazu in der nächsten Ausgabe mehr.

Die in diesem Jahr stattfindenden Landtagswahlen im März in Baden-Württemberg und in Rheinland-Pfalz, im Juni in Sachsen-Anhalt sowie im September in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und natürlich die Bundestagswahl werfen ihre Schatten voraus. Nachdem auch die CDU einen neuen Bundesvorsitzenden gewählt hat, wird die Suche nach dem/der Bundeskanzler(in) die Bundesparteien die nächsten Wochen beschäftigen. Die Ergebnisse der Landtagswahlen werden dabei mit besonderem Interesse verfolgt. Wie jedes Mal werden Erfolge auf die Erfolge der Bundespolitik zurückgeführt werden und Misserfolge den regionalen Gegebenheiten zugeordnet, soweit also wie immer.

Die Frage, wie die Bundestagswahlen ausgehen werden, ist selbstverständlich auch für den vbob von Belang. Zu den Aufgaben des Bundesvorstandes gehört es, deutlich auf unsere gewerkschaftlichen Forderungen aufmerksam zu machen und möglichst viele gute Projekte in die Auftragsbücher der künftigen Regierungskoalition einfließen zu lassen. Daran arbeiten wir im Sinne der Mitglieder intensiv.

Als gute Demokraten hoffen wir, dass sich möglichst viele Wahlberechtigte an den Wahlgängen beteiligen werden, das wäre zur richtigen Zeit ein Lebenszeichen unserer Demokratie.

Mit dem Titel „Nach der Krise ist vor der Krise – Staat neu denken“ hat sich der dbb im Rahmen seiner virtuellen Jahrestagung am 11. Januar Zeit für die jährliche Zustandsanalyse des öffentlichen Dienstes genommen. Dabei betonte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach, dass der Staatsdienst schon unter Normalbedingungen am Limit laufe und forderte einen Pakt für Krisenresilienz und einen Digitalpakt Verwaltung.

Bundesminister Seehofer erklärte, dass der öffentliche Dienst in Deutschland Garant für Stabilität und Demokratie in Deutschland sei, bedankte sich für die Flexibilität und die teils übermenschliche Bereitschaft insbesondere der Beschäftigten in Krankenhäusern, Rettungs- und Hilfsdiensten, Polizeien und Gesundheitsämtern während der laufenden Pandemie. Deutschland habe trotz der vielen Erfolge noch Verbesserungsbedarf beim Thema Digitalisierung der Verwaltung. Sein Haus arbeite mit Hochdruck an der Übertragung des Tarifergebnisses aus den Verhandlungen 2020 auf die Beamtinnen und Beamten. Das Ministerium und er an der Spitze stünden zudem für die Aussage, keine Veränderungen am System der Altersversorgung zuzulassen.

Der vbob wird sich im Verlauf des Jahres 2021 unter anderem mit der Frage beschäftigen, wie erfolgreich die scheidende Bundesregierung mit den selbstgesetzten Zielen war.

Die vom Kabinett nach über 45 Jahren Geltungsdauer zum Ende 2020 verabschiedete Novelle des Bundespersonalvertretungsgesetzes jedenfalls lässt auf Basis der dortigen Veränderungsvorschläge schon jetzt vermuten, dass die Bilanz aus gewerkschaftlicher Sicht nur eingeschränkt positiv ausfallen wird. Dazu der Bundesinnenminister: „Es ist noch kein Gesetz herausgekommen, wie es eingebracht wurde.“ Das sollte allerdings nicht der Anspruch an Qualität der Arbeit der Bundesregierung sein.

Mit besten Grüßen

Ihr

Frank Gehlen,
Bundesvorsitzender

> Inhalt

- > Jubiläumsjahr: 70 Jahre vbob – Gewerkschaft Bundesbeschäftigte 4–5
- > dbb Arbeitstagung: Die öffentliche Verwaltung – gestern – heute – und morgen? 6–7
- > Homeoffice 2021: Pandemiemaßnahme oder Zukunft der Arbeit? 8–9
- > Kommentierte Pressestimmen 10–11
- > Nachrufe 12

> dbb

- > nachrichten 13
- > dbb Jahrestagung 2021
Nach der Krise ist vor der Krise – Staat neu denken! 14
- > Videobotschaften: Wertschätzung für den öffentlichen Dienst 21
- > dbb akademie 22
- > bundesbeamte
Änderungen im Bereich des Beihilferechtes des Bundes 24
- > europa – Öffentliche Dienste: Stabilität, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit 26
- > 8. CESI-Kongress: Führungsspitze für weitere Mandatsperiode gewählt 28
- > frauen
Frauen in Führungspositionen: Kulturwandel kann Fortschritt beschleunigen 30
- > jugend
Digitalisierung im öffentlichen Dienst: Expertise der Digital Natives nutzen 32
- > vier fragen an ...
... Ingo Klatt, Leiter des Grundsatzbereiches Eingliederungshilfe in der Berliner Senatsverwaltung 34
- > service für dbb mitglieder 38
- > vorgestellt – Studie „Verwaltung in der Krise“:
Beschäftigte wollen Innovationen 40
- > Blick hinter die Kulissen: „Man kann das Interesse nur erahnen“ 42
- > interview: Horst Seehofer, Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat 46

> Impressum

Herausgeber des vbob Magazins: Bundesvorstand vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte, Dreizehnmorgenweg 36, 53175 Bonn. **Telefon:** 0228.9579653. **Telefax:** 0228.9579654. **E-Mail:** vbob@vbob.de. **Internet:** www.vbob.de. **Hauptstadtbüro Berlin:** Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.40816900. **Telefax:** 030.40816930. **E-Mail:** vbob.berlin@dbb.de. **Bundesvorsitzender:** Frank Gehlen. **Redaktion:** Anne-Katrin Hoffmann, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.40816900. **Telefax:** 030.40816930. **Fotos:** AdobeStock, Fotolia, Pixabay, FC. **Titelbild:** yanatamashova/stock.adobe.com.

Herausgeber der dbb Seiten: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **Leitende Redakteurin:** Christine Bonath (cri). **Redaktion:** Jan Brenner (br). **Bezugsbedingungen:** Das vbob Magazin erscheint zehnmal im Jahr und wird allen vbob Mitgliedern im Rahmen der Mitgliedschaft gegen Beitrag geliefert. Nichtmitglieder bestellen in Textform beim DBB Verlag. **Inlandsbezugspreis:** Jahresabonnement 37,70 Euro zzgl. 7,20 Euro Versandkosten, inkl. MwSt.; **Mindestlaufzeit** 1 Jahr. **Einzelheft** 4,20 Euro zzgl. 1,40 Euro Versandkosten, inkl. MwSt. **Abonnementkündigungen** müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim DBB Verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. **Verlag:** DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellanschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Layout:** Dominik Allartz. **Anzeigen:** DBB Verlag GmbH, Mediacyber, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** medicenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea Franzen, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 62 (dbb magazin) und Preisliste 41 (vbob Magazin),** gültig ab 1.10.2020. **Druckauflage dbb magazin:** 571.338 (IVW 4/2020). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **ISSN 1437-997X**

Jubiläumsjahr

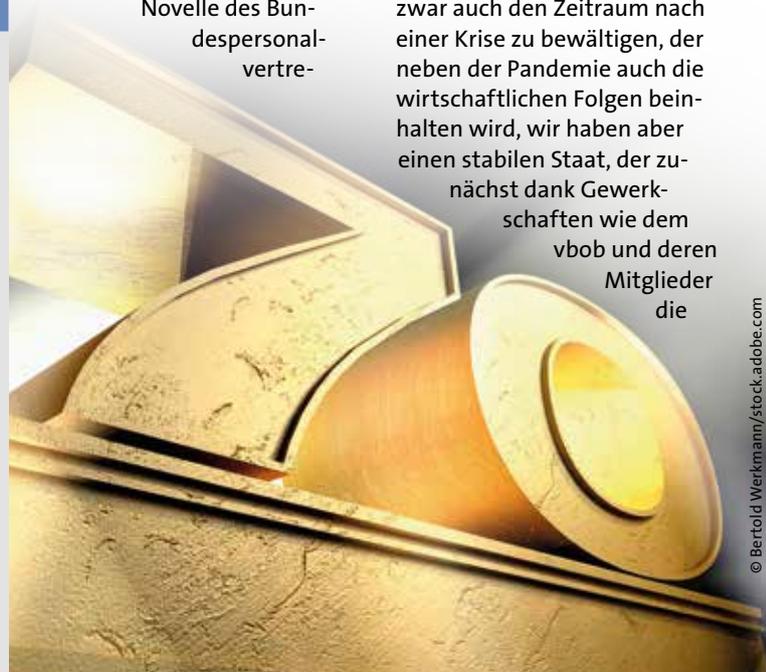
70 Jahre vbob – Gewerkschaft Bundesbeschäftigte

1951, das Jahr, in dem Bundeskanzler Konrad Adenauer seinen 75. Geburtstag feierte und zum Ehrenbürger der Stadt Köln ernannt wurde, das Jahr, in dem Theodor Heuss die neue deutsche Nationalhymne vorstellte, und auch das Jahr, in dem die letzten Todesurteile der alliierten Streitkräfte über Verbrechen des Zweiten Weltkrieges gesprochen und vollzogen wurden. 1951, das Jahr, in dem Kaiserslautern Fußballmeister wurde, der Deutsche Bundestag das Montan-Mitbestimmungsgesetz beschloss – dieses Jahr war die Geburtsstunde unserer Gewerkschaft Bundesbeschäftigte, des vbob.

2021, also 70 Jahre danach, ist aus dem in einer Bonner Gastwirtschaft vereinbarten Zusammenschluss einiger Mitarbeitender des damals noch Bonner Bundesinnenministeriums eine bis heute wachsende Fachgewerkschaft für die Bundesverwaltung geworden. 70 Jahre nach dem Beschluss des Montan-Mitbestimmungsgesetzes wird im Deutschen Bundestag wieder eine wichtige Entscheidung, die Novelle des Bundespersonalver-

tungsgesetzes, vorbereitet und getroffen.

Die Themen, mit denen wir uns im vbob befassen, sind auch heute noch geprägt von beteiligungsrechtlichen Grundsatzdebatten, die die Beteiligten vor 70 Jahren bereits geführt haben. Natürlich inzwischen unter anderen Gesamtbedingungen, als sie im Gründungsjahr des vbob Deutschland geprägt haben. Wir haben keine Todesstrafe mehr. Wir haben zwar auch den Zeitraum nach einer Krise zu bewältigen, der neben der Pandemie auch die wirtschaftlichen Folgen beinhalten wird, wir haben aber einen stabilen Staat, der zu nächst dank Gewerkschaften wie dem vbob und deren Mitglieder die



© Bertold Werkmann/stock.adobe.com

Bedingungen für gute Arbeit im öffentlichen Dienst ständig weiterentwickeln kann.

Der Bundesvorstand hat in Vorbereitung des „Jubiläums unter Kontaktbeschränkungen“ entschieden, das 70-jährige anders als sonst zu feiern. Getreu unseres Mottos „Nähe ist unsere Stärke“ bieten wir Ihnen, liebe Mitglieder, im Laufe des Jahres 2021 die Möglichkeit an, sich mit den Themen der Gewerkschaft Bundesbeschäftigte in Diskussionsforen als Videokonferenzen zu beschäftigen. Dabei werden Sie die Möglichkeit erhalten, die Meinung der anderen teilnehmenden Mitglieder zu hören und miteinander zu den gewerkschaftlichen Fragestellungen zu diskutieren.

Keine Sorge, die Veranstaltungen nehmen einmal im Monat circa 1,5 Stunden in Anspruch und werden je Veranstaltung durch zwei benannte und wechselnde Mitglieder des Bundesvorstandes moderiert. Zu den Themen werden beispielsweise die Frage nach der Attraktivität der Bundesverwaltung, Gesundheitsmanagement, Homeoffice oder – im Bundestagswahljahr – natürlich auch die Frage nach Gewerkschaftsthemen der zur Wahl stehenden Parteien gehören. Ein spannender Mix an Themen.

Die Mitglieder erhalten rechtzeitig vor den Veranstaltungen eine Information, wann diese genau stattfinden und wie sie sich zu den Veranstaltungen anmelden können. Im Anschluss daran erhalten sie eine Bestätigung mit einem Informationsblatt zu den „technischen Voraussetzungen und Spielregeln“.

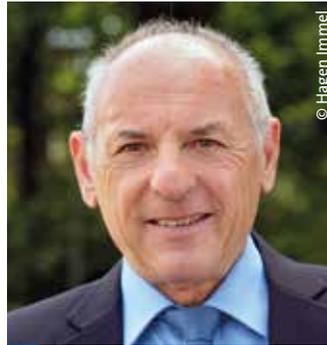
Damit die Diskussion und die Ergebnisse derselben nicht im Informationsdickicht verloren gehen, werden wir nicht nur im Rahmen des Mitgliedermagazins darüber berichten, sondern auch eine Zusammen-



> Unsere neu gewählte stellvertretende Bundesvorsitzende, Claudia Goeke und ...

stellung (zum Beispiel als Informationsbroschüre) dazu am Ende des Jubiläumsjahres.

Starten wollen wir bereits im Februar mit der Frage: Gewerkschaft, warum eigentlich. Unsere stellvertretende Bundesvorsitzende Claudia Goeke und der Bundesvertreter der Mitglieder im Ruhestand Joachim Politis werden mit den Teilnehmenden Fragen rund um das Thema Gewerkschaft diskutieren. Welche Erwartungen bestimmen eine Mitgliedschaft, welchen Veränderungen sollen oder werden sich Gewerkschaften unterziehen, was macht die Gewerkschaft Bundesbeschäftigte gut, wo kann sie besser werden? Diese und viele weitere Fragestellungen



> ... Joachim Politis, Bundesvertreter der Mitglieder im Ruhestand starten mit der ersten Diskussionsrunde schon im Februar

werden die beiden Mitglieder des Bundesvorstandes mit Ihnen diskutieren.

Ein weiteres Element des Jubiläumsjahres soll die thematische Befassung in unserem Podcast *vbobcast* mit dem Thema gewerkschaftliche Vergangenheit und Zukunft sein. Im Interview zum Beispiel mit ehemaligen Mitgliedern des Bundesvorstandes des vbob soll die Entwicklung unserer Gewerkschaft nachvollzogen werden. Darüber hinaus werden wir mit den Moderatoren der web-Veranstaltungen über ihre Erfahrungen aus den Veranstaltungen sprechen. Gleichsam soll der weitere Schwerpunkt in 2021 auf Interviews zu den Vorstellungen ausgesuchter

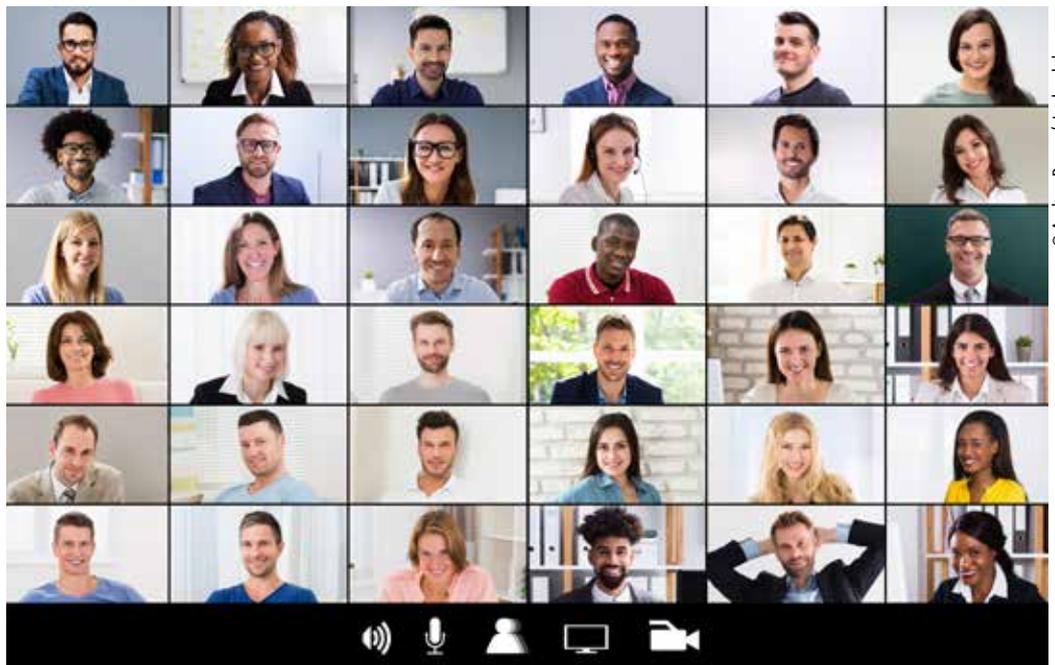
Interviewpartner zur Arbeit der Zukunft liegen.

Für alle diese Aktivitäten brauchen wir Sie als Diskutanten, Interessierte, ja – aktive Mitglieder des vbob!

70 Jahre alt oder jung, so wird das Thema der letzten Veranstaltung lauten. Es hängt von uns allen ab, wie wir durch unser Engagement den vbob mit Leben erfüllen. Der Bundesvorstand legt dabei großen Wert auf Ihre Meinung und Ihre Kompetenz. Zum Jahreswechsel haben wir für die Mitarbeit in Kompetenzteams geworben. Vielleicht ergeben sich im Laufe der Veranstaltungsreihe zum Jubiläum neben den beiden existierenden (Tarifrecht und Beamtenrecht) noch weitere Vorschläge Ihrerseits für Teams, an denen Sie mit Ihrer Kompetenz teilnehmen möchten.

Als Bundesvorstand vertreten wir das Geburtstagskind Gewerkschaft Bundesbeschäftigte und laden Sie alle ein, den Geburtstag mit uns zu feiern. Als Geschenk wünschen wir uns Ihre Ideen, Ihren Einsatz für die Fachgruppen und die Mitgliederwerbung sowie Ihre weitere Unterstützung in den nächsten Jahren.

fg



© Andrey Popov/stock.adobe.com

dbb Arbeitstagung

Die öffentliche Verwaltung – gestern – heute – und morgen?

Seit Jahrzehnten veranstaltet der dbb jeweils zu Jahresbeginn seine alljährlichen Jahrestagungen unter Beteiligung seiner Mandatsträger und mit maßgeblicher Beteiligung von Spitzenpolitikern aus Bund, Ländern und Kommunen, von Wirtschaftsvertretern und Journalisten. Dabei geht es weniger um gestern, sondern mehr um heute und in erster Linie um morgen, jeweils unter einem aktuellen Leitthema.

Die öffentliche Verwaltung wird viel beäugt, häufig kritisiert, selten gelobt und besonders in kritischen Zeiten mehr denn je gebraucht. Gerade in der Zeit der aktuellen Pandemie wird dies überdeutlich.

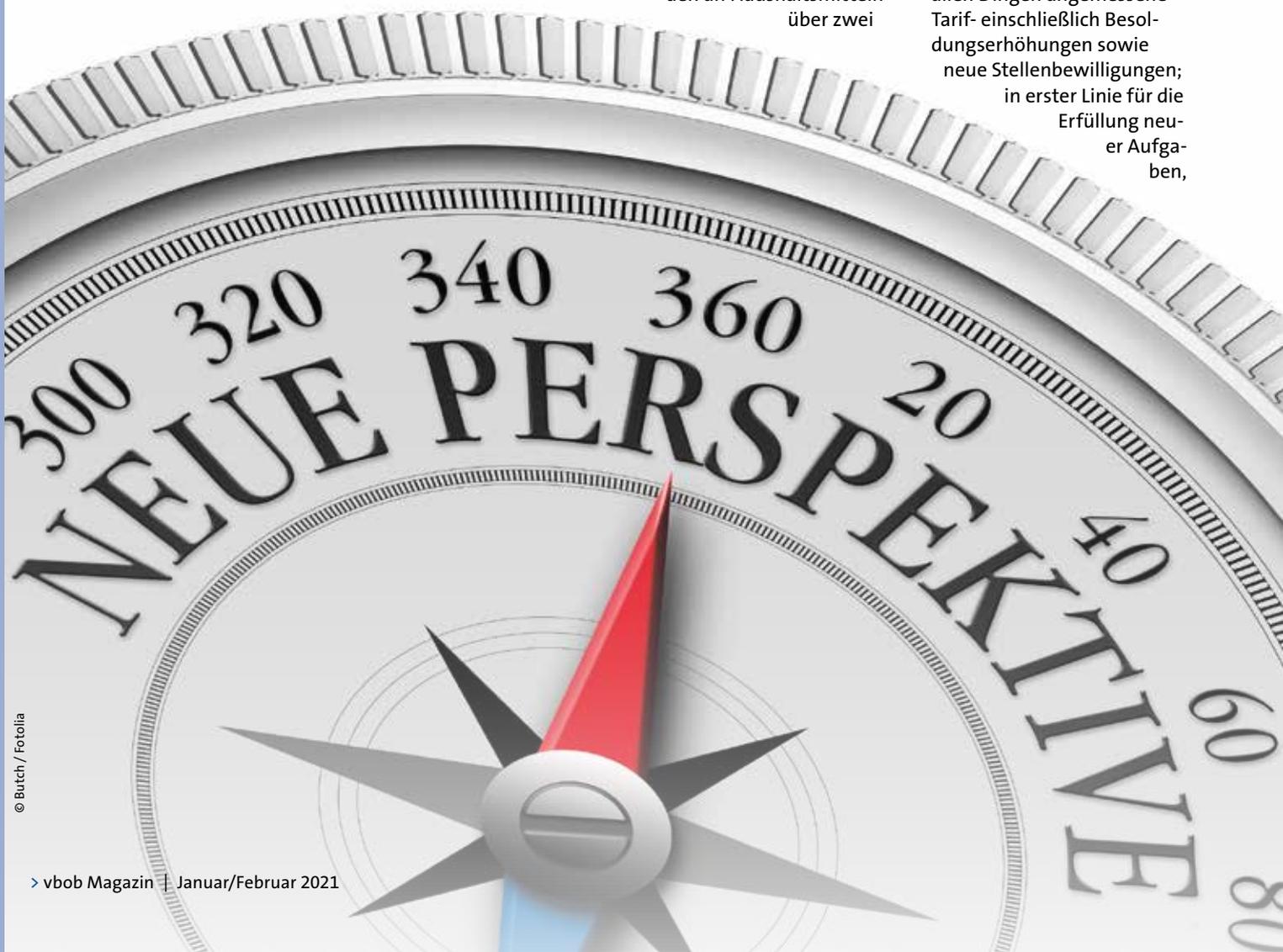
Ein kritischer Blick auf *gestern* macht die Lage der öffentlichen Verwaltung heute deutlich und man schreit förmlich nach Veränderung und damit Besserung für morgen.

■ Gestern

Die CDU-Kanzlerschaft der Ära Helmut Kohl mit dem kleinen Koalitionspartner FDP bis Ende der 90er-Jahre brachte für die öffentliche Verwaltung in allen Gebietskörperschaften nicht nur Stagnation, sondern auch Rückschritt. Die FDP setzte sich gegen den großen Koalitionspartner durch und brachte eine umfassende Privatisierung kleiner, vielleicht in den Augen vieler, unbedeutender, aber auch großer Aufgaben auf den Weg. Das war das Signal, die öffentliche Verwaltung kaputtzusparen. Große Mengen Planstellen und Stellen wurden ebenso wie Milliarden an Haushaltsmitteln über zwei

Jahrzehnte gnadenlos eingespart. Personal- und Mittelumshiftungen für wichtige zukunftssträchtige Aufgaben wurden bewusst versäumt. Verbliebene Aufgaben wurden mehr schlecht als recht erledigt. Verwaltungsmodernisierung wurde weiterhin lange Zeit zurückgestellt, später, gezwungenermaßen und nur vereinzelt und halbherzig, angepackt.

Erst seit Beginn der letzten Legislaturperiode (2013) erfuhr die öffentliche Verwaltung trotz der Zielorientierung nach der „schwarzen Null“ wieder langsam steigende Investitionen und vor allen Dingen angemessene Tarif- einschließlich Besoldungserhöhungen sowie neue Stellenbewilligungen; in erster Linie für die Erfüllung neuer Aufgaben,





alle Bereiche, insbesondere aber die Altenpflege, die medizinische Versorgung und die der inneren und sozialen Sicherheit.

■ Morgen

Homeoffice, mobiles Arbeiten, flexible Arbeitszeiten werden zunehmend zur Normalität. Dieser Kulturwandel erfordert nicht nur neue Qualifikationsprofile, sondern mehr als je zuvor eine neue Führungskultur, in der der Mensch mit all seinen Stärken und Schwächen – Fehlerkultur – im Mittelpunkt steht und vor allem das Vertrauen in ihn.

Personalentscheidungen in der öffentlichen Verwaltung müssen auf allen Ebenen ausschließlich leistungsorientiert unter besonderer Berücksichtigung des Führungsaspekts erfolgen. Die Fach- und die Führungskompetenz müssen gleichrangig oberste Priorität bei jeder Auswahlentscheidung vor allen Dingen für Leitungsebenen haben. Vetternwirtschaft darf es nicht geben.

Großflächige grenzüberschreitende Schadenslagen wie die aktuelle Pandemie und ihre Auswirkungen erfordern eine umfassende Aufarbeitung und Analyse.

Personalvertretungen, aber auch Gewerkschaften müssen umfassend an diesen Prozessen beteiligt werden, denn die Beschäftigten kennen sich am besten aus und sind damit die Basis für eine leistungsfähige öffentliche Verwaltung und damit für einen starken Staat. Und nicht zu vergessen: Nur ein starker Staat ist ein Garant für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Der vbob ist ein Teil im großen Getriebe. Er ist die Gewerkschaft für Bundesbeschäftigte. Er muss seinen Verantwortungsbereich – die Bundesverwaltung – ins Visier nehmen. Er muss sich beteiligen an der umfassenden Aufarbeitung der Auswirkungen der Pandemie und diese analysieren sowie die notwendigen Konsequenzen auf allen Ebenen der erkannten Unzulänglichkeiten und Verbesserungspotenziale gegenüber seinen Ansprechpartnern auf allen politischen Ebenen nicht nur aufzeigen, sondern konsequent und nachhaltig einfordern. Er darf nicht lockerlassen, muss Mittel und Wege finden, seine Ziele zu erreichen. Seine Mitglieder und die Beschäftigten der Bundesverwaltung erwarten dies von ihrem vbob.

G. Kretschmar

insbesondere im Sicherheitsbereich. Aber immerhin. Bis dahin wurden weit über eine Million Beschäftigte eingespart. Unabdingbarer Personalbedarf wurde allenfalls befristet rekrutiert.

In den letzten 30 Jahren entdeckte man aber auch hier und da die „Modernisierung“ in und für die öffentliche Verwaltung. Überall wurden immer wiederkehrende Aufgaben organisatorisch gebündelt und zentralisiert, gleichzeitig automatisiert und vereinzelt auch modernisiert. Letzteres bedeutete allerdings häufig Änderungen vorhandener gesetzlicher Grundlagen und sonstiger Vorschriften, also mit der Konsequenz nicht unerheblicher Zeitverluste. Vernachlässigt wurden regelmäßig organisatorische Untersuchungen der vorhandenen Prozesse und deren Optimierung, mit der weiteren Konsequenz notwendiger nachträglicher Neujustierung und erheblichen Zeitverlusts. Bei allen Aktivitäten und Veränderungen haben eigentlich bis heute der Klimawandel und die hierzu dringend erforderlichen Konsequenzen in der öffentlichen Verwaltung wenn überhaupt nur eine sehr untergeordnete Rolle gespielt.

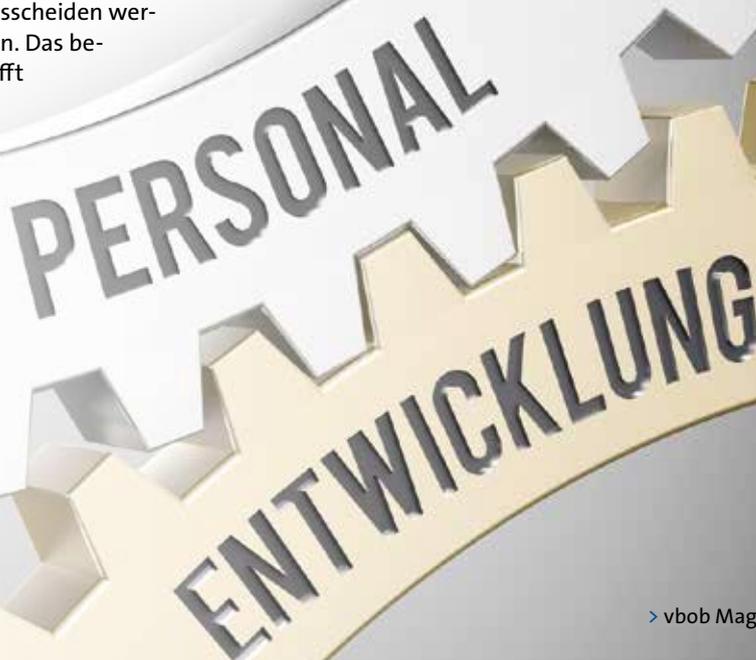
■ Heute

Als Konsequenz der beschriebenen Politik hat sich in den letzten Jahren nicht nur ein Vertrauensverlust in die Leistungsfähigkeit unseres Staates entwickelt, sondern auch gegenüber seinen Bediensteten, die zunehmend abfälligen, respektlosen und aggressiven An-

griffen ausgesetzt sind – also augerechnet gegenüber denen, die im Dienst der Menschen tätig sind.

Aber allen Unkenrufen zum Trotz sind unsere freiheitliche Demokratie und die sie tragende öffentliche Verwaltung nach wie vor Säulen der Stabilität. Und damit das so bleibt, hat die aktuelle erstmals digital durchgeführte dbb Jahrestagung 2021 deutlich gemacht, dass es hierzu dringend einer tragfähigen Kombination aus Personalverstärkung, Aufgabenkritik, Digitalisierung und Attraktivitätssteigerung für die Nachwuchsgewinnung bedarf. Dabei muss der Fortbestand des Berufsbeamtenstandes als strukturellen Garant für das Funktionieren der öffentlichen Verwaltung unantastbar bleiben.

Personalausgleich und -verstärkungen sind nicht erst seit gestern und heute dringend erforderlich, wenn man weiß, dass in den nächsten zehn Jahren über 1,3 Millionen Beschäftigte altersbedingt ausscheiden werden. Das betrifft





Homeoffice 2021

Pandemiemaßnahme oder Zukunft der Arbeit?

Es scheint in der Geschichte der Bedingungen für Arbeit in Deutschland noch nie so viel Dynamik in eine Arbeitsform gekommen zu sein, wie in die Diskussion um Homeoffice durch die Pandemie. Dabei ist das Neue nicht die Möglichkeit, von zu Hause arbeiten zu dürfen, dass kannten wir bereits unter Vereinbarkeit von Beruf und Familie als Telearbeit oder mobiles Arbeiten. Neu ist die Vorgabe aus der Runde der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten zu weiteren Kontaktbeschränkungen im Erwerbsleben, konkret an die öffentliche Verwaltung und die Industrie gleichermaßen. Homeoffice soll nicht nur als theoretisches Modell, sondern als Mittel zur Kontaktvermeidung von den Arbeitgebern angeboten werden. Wo es also aufgaben- und organisationsbezogen umsetzbar ist, appelliert die Runde der Ministerpräsidenten gemeinsam mit der Bundeskanzlerin, soll dringend Homeoffice ermöglicht werden.

Schon zu Beginn der Pandemie in Deutschland Anfang 2020 war durch den regierungsseitig verhängten Lockdown die Zahl der in Heimarbeit tätigten Be-

schäftigten der öffentlichen Verwaltung sprunghaft auf ein nie dagewesenes hohes Niveau gestiegen. Erste Erfahrungen mit der Einführung von Heimar-

beit unter Maßgabe des Infektionsschutzes wurden gemacht. Die unabhängige, weitestgehend bedingungslose und flächendeckende Heimarbeit ist in

Einzelfällen eingeschränkt hinterfragt worden. Häufig gemeldete Netzzugangsprobleme und die in vielen Fällen fehlende qualitative und quantitative technische Ausstattung erschweren nach Rückmeldung der Befragten die Erledigung der Arbeit in der Bundesverwaltung per Heimarbeit.

Daneben mussten die Beschäftigten sich unvorbereitet auf neue Formen der Kommunikation mit den eigenen Kolleginnen und Kollegen einrichten. Der Zimmernachbar ist plötzlich nur noch per Telefon oder Videokonferenz erreichbar, wo sonst schnell nebenan geklopft und gesprochen werden konnte. Das verändert das „Wir-Gefühl“, das stellt Führungskräfte vor die Vertrauensfrage und

Die Betroffenheit durch derartige Veränderungen ist auch bei Menschen in der Bundesverwaltung unterschiedlich ausgeprägt. Das stellt zusätzlich verstärkte Anforderungen an den Fürsorgeumfang, der durch Arbeitgeber und die Führungskräfte geleistet werden kann und – im Spannungsfeld dazu – erwartet wird.

Eine solche Zentral durch die Bundesregierung und die Bundesländer vorgegebene dringende Handlungsempfehlung zählt darüber hinaus auch auf weitere Umgebungsbedingungen der Beschäftigten ein. Bekannt sind neben den vorgenannten „betriebsinternen“ Punkten auch die hinlänglich diskutierte Frage, was damit einhergeht, wenn weitere Einflüsse die Möglichkeit der Heimarbeit beeinträchtigen, zum Beispiel die zeitgleiche Schließung von Schulen und Kindertagesstätten, die zu zusätzlichen Aufgabenstellungen der Heimarbeitenden werden. Arbeiten für den Dienstherrn erledigen, Schulunterricht mit den präsenzbefreiten schulpflichtigen Kindern ersetzen, spielende und ebenfalls ausgangsbegrenzte Kinder, die ihre Eltern fordern.

führt also dazu, dass sich Kolleginnen und Kollegen bei gleicher Aufgabenstellung und im gleichen Team in einer anderen organisatorischen Aufstellung wiederfinden und sich dabei auch auf andere Art und Weise kennenlernen.

Auch die Frage, die vorher bei der Genehmigung der Telearbeit im Einzelfall geprüft wurde, nämlich neben der fachlichen auch die persönliche Eignung, ist durch die pandemiebedingten zentralen und verbindlichen Vorgaben entfallen. Menschen, die sich im Büro und im Team gut aufgehoben und wohlfühlten, die die zwischenmenschliche Umgebung mit den Kolleginnen und Kollegen nicht nur schätzen, sondern auch benötigen, wurden dennoch und richtigerweise zum Schutz vor Infektionen ebenso in Heimarbeit geschickt.

Legen die Bundesländer nach Vereinbarung einer zentralen Vorgehensweise unmittelbar im Nachgang eigenspezifische Abweichungen in Regelwerkfragen fest, so ist das übertragbare Verhalten auch auf die Führungsebene der Bundesverwaltung festzustellen.

Behördenleitungen definieren beispielsweise die pandemiebedingte Auslegung der Möglichkeit der Heimarbeit unterschiedlich. Nicht nur die Frage, in welchem Umfang Heimarbeit angeboten wird, sondern sogar die Frage, ob trotz geeigneter Aufgaben überhaupt und nur im zwingend notwendigen Umfang. Dieser präsenzgeprägte Führungsstil ist ein Problem bei der Frage der Gestaltung von Arbeit in der Bundesverwaltung, nicht nur unter Pandemiebedingungen. Er ist weder fürsorglich gegenüber den eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, noch entspricht er den Ansprüchen der Beschäftigten in einer modernen Verwaltung. Dies erklärt vielleicht auch, dass die Feststellung der Bundeskanzlerin so ausfiel, dass die Verwaltung in der zweiten Welle der Pandemie statistisch weniger in Heimarbeit arbeitet und somit auch die Vorbild-

funktion der Verwaltung in der Öffentlichkeit darunter leidet.

Der vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte steht für die zukunftsfähige Gestaltung der Arbeit in der Bundesverwaltung. Die vorgenannt beschriebenen Feststellungen der vergangenen Monate unter Pandemiebedingungen sind für uns zwingend in die Betrachtung der Arbeit der Zukunft einzubeziehen. Attraktivität der Verwaltung unter den Vorzeichen des Fachkräftemangels durch demografische Entwicklungen bedeutet für uns, Lösungen für die erkannten und beschriebenen Schwierigkeiten unserer Kolleginnen und Kollegen zu finden und in die Führungs- und Verwaltungskultur der Zukunft zu integrieren. Um die Frage aus der Überschrift also zu beantworten:

Homeoffice ist für uns wesentlicher Teil der Zukunft der Arbeit und nicht nur pandemiebedingte Notlösung! Wir stehen mit vielen Mitgliedern in Kontakt zu den Fragen und Erfahrungen aus der pandemiebedingten Ausnahme-situation.

fg





© Björn Wylezich / stock.adobe.com

Kommentierte Pressestimmen

Das Jahr 2020 ist Geschichte, kaum einer wird an dieses Jahr gerne zurückdenken, viele Hoffnungen auf eine verbesserte Situation wurden im Laufe des Jahres zum Teil mehrfach enttäuscht. Hoffen wir also nun auf ein besseres und insbesondere gesundes Jahr 2021! Die großen Herausforderungen bleiben dabei unverändert ...

„Verschleppte Digitalisierung“, titelt das **Handelsblatt** (Ausgabe vom 17. Dezember 2020). Die Corona-Krise zeigt, wie stark die öffentliche Verwaltung bei der Digitalisierung in einigen Bereichen noch hinterherhinkt. Dabei hatte sich die Bundesregierung mit dem im August 2017 in Kraft getretenen Onlinezugangsgesetz (OZG) seinerzeit hohe Ziele gesteckt: Knapp 600 Verwaltungsverfahren, in denen fast 6 000 Leistungen gebündelt sind, müssen demnach bis Ende 2022 digital angeboten werden. Das federführende Bundesinnenministerium erklärte dazu, dass sich 105 OZG-Leistungen in der Umsetzung befinden,

155 weitere seien in Planung. Derzeit seien somit 315 OZG-Leistungen in Deutschland in mindestens einer Kommune digital beantragbar. Eine wenig schmeichelhafte Bilanz, zumal die eigentliche Herausforderung darin besteht, die

Dienste nicht nur in einzelnen Kommunen anzubieten, sondern flächendeckend. Gleichzeitig könnte die Pandemie aber auch als Katalysator und Treiber wirken, um das digitale Zeitalter endlich auch in den Amtsstuben einzuläuten. So hat etwa die Bundesagentur für Arbeit (BA) ihre IT in

ben Online-Antragsverfahren für die Corona-Hilfen aufgebaut, Kommunen zusätzliche Dienstleistungen im Netz verfügbar gemacht.

Die Verwaltung blieb auch deshalb einsatzfähig, weil sie erstmals in größerem Stil Homeoffice ermöglichte.

„Wir hoffen immer, in allen Dingen ist besser hoffen als verzweifeln“

*Johann Wolfgang von Goethe
1749–1832*

Rekordzeit an die Welle der Kurzarbeitsanträge angepasst und in nur drei bis vier Wochen neue E-Services, Apps oder Bots bereitgestellt, für die sie normalerweise drei oder vier Monate gebraucht hätte. Bund und Länder ha-

Rund 67 Prozent der Beschäftigten auf Bundesebene, 55 Prozent bei den Ländern und 37 Prozent in den Kommunen arbeiteten zeitweise von zu Hause aus, zeigt eine **Studie der Beratungsagentur Next Public** für den Beamtenbund.

Der öffentliche Sektor habe bewiesen, dass er auch Krisen meistern könne, wird Beamtenbund-Chef Ulrich Silberbach darin zitiert. Die Krise habe aber auch schonungslos verdeutlicht, „dass die öffentliche Infrastruktur nur unzureichend krisenfest aufgestellt ist“. So hatte etwa nur etwas mehr als die Hälfte der Mitarbeiter einen Dienst-Laptop zur Verfügung. Wie es um die Digitalisierung im kommunalen Bereich bestellt ist, zeigt auch eine Umfrage unter Bürgermeister*innen und IT-Verantwortlichen von gut 600 Kommunen, die der Digitalverband Bitkom und der Deutsche Städte- und Gemeindebund in Auftrag gegeben haben. Demnach erwarten neun von zehn Befragten, dass die Corona-Krise die Digitalisierung vorantreiben wird. Gut jede zweite Kommune plant, das Digitalbudget für das kommende Jahr zu erhöhen. Zusätzlichen Schub erhofft sich die Bundesregierung von den 3,5 Milliarden Euro, die die Große Koalition im Juni 2020 mit dem Konjunkturpaket für die Umsetzung des OZG zur Verfügung gestellt hatte. Der Städte- und Gemeindebund fordert, dass das Geld nicht nur für die Verbesserung des Online-Angebots genutzt wird. Auch die „Digitalisierung des Backoffice“, der eigentlichen Verwaltung, müsse unterstützt werden, sagt Hauptgeschäftsführer Landsberg. Soll heißen: Es nützt wenig, wenn die Bürger zwar eine Leistung online beantragen können, die Mitarbeiter aber weiter Papierakten mit Rollwagen durch die Gegend schieben.

■ Corona-Hilfen fließen zu langsam

„Beamtenbund: Menschen müssen zu lange auf Corona-

Hilfen warten“, dpa (Ausgabe vom 18. Dezember 2020). Der Beamtenbund dbb hat der Bundesregierung eine zu langsame Bereitstellung von Hilfen in der Corona-Krise vorgeworfen. „Viele Menschen müssen in der Pandemie zu lange auf die versprochenen Unterstützungsleistungen warten“, sagte der dbb Vorsitzende Ulrich Silberbach der Deutschen Presse-Agentur (dpa) in Berlin. Schuld ist nach Silberbachs Einschätzung auch die vielfach schleppende Digitalisierung des öffentlichen Dienstes. „Die Bundesregierung hat Enttäuschungen hervorgerufen, indem sie immer wieder Erleichterungen und Hilfen versprochen hat, ohne dazu zusagen, dass es etwas dauert, bis diese fließen können“, so Silberbach. „Die Betroffenen rufen dann zum Beispiel beim Bürgeramt an und dort müssen die Beschäftigten erst mal bremsen: Es gibt noch kein entsprechendes IT-Programm, noch keinen Zugang, noch keine Datensätze.“

Lehren aus der Pandemie stellte der dbb unter dem Motto „Nach der Krise ist vor der Krise – Staat neu denken!“ auch ins Zentrum seiner Jahrestagung, die am 11. Januar 2021 digital stattgefunden hat. Vertreten waren unter anderem Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) und Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD). „Beamtenbund fordert höhere Investitionen in Digitalisierung“, Haufe Verlag (Ausgabe vom 29. Dezember 2020). Der dbb fordert eine deutliche Aufstockung der finanziellen Mittel für die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung. Auch der BDI-Präsident sieht einen

großen Nachholbedarf in den Bereichen Bildung und Verwaltung. Für Straßen, Brücken, Gebäude und anderes gebe es in den Kommunen bereits einen Bedarf von 160 Milliarden Euro, sagte dbb Chef Silberbach. Für die Digitalisierung der öffentlichen Dienstleistungen und der allgemeinen Verwaltung seien „mindestens noch einmal 100 Milliarden“ nötig. Es habe schon vor der Pandemie im öffentlichen Dienst einen Personalmangel von mindestens 300 000 Beschäftigten gegeben. „Vor allem auch in den hoch qualifizierten IT-Bereichen, wo die Systeme aufgebaut, die digitalen Anwendungen programmiert und die Beschäftigten geschult werden, fehlen die Leute“, führte Silberbach weiter aus. „Dass Bund, Länder und Kommunen seit 20 Jahren ihre Infrastruktur unterfinanzieren, wirft Deutschland bei der digitalen Transformation meilenweit zurück.“

■ Lockdown und kein Weg zurück?

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und die Regierungschefs der Länder einigten sich zuerst auf eine Verlängerung der ursprünglich bis zum 10. Januar vereinbarten Lockdown-Regeln bis Ende Januar 2021. Nun ist dies auch schon überholt und wir brauchen einen noch längeren Atem – aktuell ist der Lockdown bis 14. Februar verlängert worden. Weiterhin sollen Treffen nur noch mit einer Person, die nicht zum eigenen Haushalt gehört, möglich sein. Grundsätzlich soll die Zahl der „Kontakthaushalte“ jedoch konstant und klein sein. Die umstrittene „15-Kilometer-Regel“, die für die Kreise, in

denen sich binnen sieben Tagen mehr als 200 Menschen pro 100 000 Einwohner neu infiziert haben, gelten sollte, ist zwischenzeitlich mehrheitlich aufgehoben. „Bewegungsradius in Hotspots“, **Hamburger Abendblatt** (Ausgabe vom 6. Januar 2021). Der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, sagte dazu der **Deutschen Presse-Agentur**: „Die Polizei kann nur schwerpunktmäßig kontrollieren, nicht flächendeckend.“ Die Dichte der Corona-Kontrollen könne nicht mehr erhöht werden – zumal die Polizei hier bereits einen Schwerpunkt setze. „Mit der Zunahme von Regelungen nimmt die Kontrolldichte ab, weil die Polizei nicht beliebig vermehrbar ist.“ Es sei illusorisch zu glauben, dass die Polizei einzelne Städte oder Landkreise auf längere Zeit abriegeln könne.

Unterdessen will die Bundesregierung versuchen, die Produktion von Corona-Impfstoffen hochzufahren. Nach heftiger öffentlicher Debatte über den Impfstart hatte unter anderem der Koalitionspartner SPD Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) angegriffen. Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) sagte, dass die Marke von 50 Neuinfektionen auf 100 000 Einwohner binnen einer Woche ein Minimum sei, das erreicht werden müsse. Das Gute sei, dass man dies nun auf zwei Wegen erreichen könne: mit den beschlossenen Maßnahmen und durch aktives Impfen. „Das gibt uns natürlich schon mehr Sicherheit jetzt auch für das Frühjahr.“

Gerhard Brewka, Ministerialrat a.D.

*23. September 1927 † 23. November 2020

Vom 18. April 1980 bis 10. April 1986 stellvertretender Bundesvorsitzender

Schon in seiner Zeit als Vorsitzender der vbob Fachgruppe im Bundesinnenministerium (BMI), damals eine der ältesten und größten Fachgruppen im vbob, war er ein wichtiges personelles Bindeglied für die Vertretung der Mitgliederinteressen.

1976 wurde Gerhard Brewka auf der vbob Beamtenliste in den Personalrat des BMI gewählt, dem er bis März 1985 angehörte. Hier übernahm er 1984 den Vorsitz des Personalrates, den er 1979 schon einmal interimistisch geleitet hatte.

Gerhard Brewka hat in vielen Jahren alle seine Aufgaben im und für den vbob mit außerordentlich großem Engagement wahrgenommen. Gradlinig und mit seinem fundierten und breiten fachlichen Sachverstand verstand er es, gepaart mit analytischer Gabe und Eloquenz sowie hoch motiviert, sich erfolgreich für die Aufgaben des vbob und die berufspolitische Vertretung unserer Mitglieder einzusetzen.

In Anerkennung und dankbarer Würdigung seines Engagements für den vbob verlieh ihm der Bundesvertretertag am 11. April 1986 die Ehrenmitgliedschaft.

Wir werden Gerhard Brewka nicht vergessen und uns stets dankbar an ihn erinnern.

Der Bundesvorstand

Am 25. November 2020 verstarb im Alter von 83 Jahren unser langjähriges Fachgruppenmitglied

Rudolf „Rudi“ Riedel

Wir müssen Abschied nehmen von einem herzlichen und liebevollen Menschen, dessen plötzlicher Tod uns heftig erschüttert und tief betroffen gemacht hat.

Rudi Riedel hat sich seit seinem Eintritt 1986 in der Fachgruppe Statistisches Bundesamt als vbob Mitglied im Gesamtpersonalrat und Hauptpersonalrat im Bundesministerium des Innern engagiert.

Im Statistischen Bundesamt hat seine Fürsorge für die Kolleginnen und Kollegen insbesondere den Bereich der Außenhandelsstatistik geprägt. Bei der Vereinigung Deutschlands hat er sich für die Menschen aus den Statistischen Ämtern der ehemaligen DDR und unserer Außenstelle in Berlin eingesetzt. Die Einrichtung des Standortes Bonn und insbesondere auch den Aufbau der Außenhandelsstatistik begleitete er mit seiner zupackenden Art und seinem herausragenden Fachwissen.

Es entsprach nicht seiner Art, unbedingt immer in vorderster Reihe stehen zu wollen, gleichwohl hat er ehrenamtlich Verantwortung auf vielen Ebenen übernommen.

Er engagierte sich unter anderem für den Seniorenbeirat der Stadt Wiesbaden, die Seniorenunion, die Landsmannschaft der Sudeten-deutschen sowie die Marinekameradschaft Wiesbaden.

Auch nach seinem Eintritt in den Ruhestand ist er der Fachgruppe und dem vbob treu geblieben. Jederzeit ansprechbar hat er immer mit Rat und Tat zur Seite gestanden. Insbesondere bei den ehemaligen Kolleginnen und Kollegen im Außenhandel genoss er durch seine offene, ehrliche Art und Ansprechpartner bei Problemen jeglicher Art ein sehr hohes Ansehen.

Mit Rudi Riedel verliert der gesamte vbob einen geschätzten Kollegen, die Fachgruppen in Bonn und Wiesbaden jedoch ein Urgestein und einen sehr guten Freund.

Unser tiefstes Mitgefühl gilt seinen Angehörigen.

*Die Fachgruppe StBA Bonn
Dirk Rörig*

*Die Fachgruppe StBA Wiesbaden
Peter Grausam*

